



## Interpellation

**Interpellation Fredy Brunner, Markus Morant, Peter Beglinger: Richtplanung der Stadt St.Gallen - Vorgehensweise; schriftlich**

Die Gemeinderäte Fredy Brunner, Markus Morant und Peter Beglinger sowie 34 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 25. November 2003 die Interpellation „Richtplanung der Stadt St.Gallen – Vorgehensweise“ eingereicht (vgl. Beilage).

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation schriftlich wie folgt:

1. Im Text der Interpellation und auch in der Fragestellung sind verschiedene Sachverhalte und Abläufe unzutreffend wiedergegeben. Der Stadtrat hat bereits im Zusammenhang mit der Erheblicherklärung der drei Motionen zur Richtplanung, insbesondere aber auch in der jährlichen Berichterstattung zum Stand der anhängigen Motionen und Postulate jeweils über die Zusammenhänge, den aktuellen Stand und das Vorgehen bei der Erarbeitung des Richtplanes orientiert. Ein Blick in diese Unterlagen zeigt, dass seit der Beschlussfassung des Stadtrates im März 2002 sehr umfangreiche, aufwendige und komplexe Vorarbeiten geleistet wurden. Im Gegensatz zur Behauptung in Frage 1 der Interpellation sind in diesen 18 Monaten durchaus die wichtigsten Arbeiten aufgenommen worden.
2. Entsprechend der Zielsetzung des Stadtrates und aufgrund der erheblich erklärten Vorstösse des Grossen Gemeinderates soll die neue Richtplanung der Stadt St.Gallen die drei grossen Bereiche Siedlung, Verkehr und Landschaft koordiniert und vernetzt berücksichtigen. Eine isolierte, sektorielle Betrachtungsweise wie in früheren Planungsarbeiten ist heute nicht mehr zu vertreten. Sie würde auch nicht dem „obersten Planungswerk“, dem Leitbild der Stadt St.Gallen entsprechen. Für eine Richtplanung in diesem umfassenden, zeitgemässen Verständnis sind aber ausreichende Basisinformationen für alle drei Bereiche bereitzustellen. Der Stadtrat hat deshalb in seinem Beschluss vom 26. März 2002 einen Kredit von rund Fr. 180'000.– erteilt, damit gleichwertige und



vergleichbare Grundlagen für alle Bereiche geschaffen bzw. aufgearbeitet werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bisher diese drei Bereiche sehr unterschiedlich detaillierte Informationsgrundlagen und Planungsvorarbeiten aufweisen: Während im Verkehr mit dem Realisierungsplan 1985/90 und den seitherigen ständigen, aktuellen Weiterführungen in einzelnen Bereichen ein relativ grosser Bestand an Grundlagen besteht, verfügte der Bereich Landschaft über eine sehr schmale Basis von Gesamtinformationen und Übersichten über die Situation in der ganzen Stadt. Hier musste eine erhebliche Aufbau- und Nachholarbeit geleistet werden. In der Siedlungsplanung schliesslich wurden zwar umfangreiche Grundlagen im Zusammenhang mit der Zonenplanrevision der letzten Jahre erarbeitet. Für die umfassendere und längerfristig konzipierte Richtplanung mussten diese Grundlagen hingegen in wesentlichen Teilen ergänzt und neu aufbereitet werden. Mit den vom Stadtrat bereitgestellten Mitteln konnte mit einer externen Unterstützung und mit einem erheblichen Einsatz der internen Fachleute – neben der Alltagsarbeit – in den vergangenen 18 Monaten eine umfassende Aufarbeitung geleistet werden; heute sind nun die Grundlagen in allen drei Bereichen auf einem Stand, der den Start der eigentlichen Richtplanarbeiten ermöglicht.

3. Der Stadtrat hat das Vorgehen zur Richtplanung bereits in seiner Berichterstattung der Jahre 2002 und 2003 zu den hängigen Motionen und Postulaten dargestellt. Entsprechend den Ausführungen in diesen Berichten wurde eine Begleitkommission mit Vertreterinnen und Vertretern aller interessierter Kreise einberufen. Diese Begleitkommission, die über keine eigentlichen Kompetenzen verfügt, soll eine breite Mitwirkung und Diskussion aus allen Bevölkerungskreisen während den Planungsarbeiten ermöglichen und so den Fachleuten und den Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung und des Stadtrates, aber auch den schliesslich über die Richtplanung beschliessenden Mitgliedern des Stadtparlamentes als „Echoraum“ dienen und Kritik, Anregungen und Vorschläge unterbreiten können. Mit diesem in einem eingeschränkten Sinne partizipativen Vorgehen wird in keiner Art und Weise die Stellung des Grossen Gemeinderates oder seiner Kommissionen tangiert.
4. Der Einbezug von solchen offenen Gremien ist neben dem Beizug von Fachleuten heute bei Planungsarbeiten grundlegender Art auf kommunaler Stufe eine Selbstverständlichkeit. Dazu besteht im Übrigen auch eine gesetzliche Verpflichtung: so haben die mit Planungsaufgaben betrauten Behörden gemäss Art. 4 Abs. 2 des Eidgenössischen Raumplanungsgesetzes dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung bei Planungen in geeigneter Weise mitwirken kann. Auch das noch geltende städtische Planungsreglement sieht in Art. 19 Abs. 3 die Mitwirkung „einer breiteren Öffentlichkeit in einem frühen Stand der Planungsarbeiten“ ausdrücklich vor. Die für die Richtplanung der Stadt St.Gallen eingesetzte Begleitkommission hat sich zu einer ersten, orientierenden Sitzung getroffen. Lei-



der haben einige Wirtschaftsorganisationen einen Verzicht auf die Teilnahme an weiteren Sitzungen der Kommission erklärt. Andere Gruppierungen aus der Wirtschaft allerdings haben die Mitarbeit in der Begleitkommission ausdrücklich gewünscht und begrüsst. Anzustreben ist eine breite Abstützung der Begleitkommission mit möglichst allen wesentlichen Gruppierungen – selbstverständlich mit Einschluss der Vertretungen aus der Wirtschaft – für die Arbeit dieses partizipativen Gremiums und für dessen Akzeptanz. Die Teilnahme an den Diskussionen in der Begleitkommission, der mit den sehr unterschiedlichen Gruppierungen entstehende Meinungs austausch und die gemeinsame Auseinandersetzung mit den Problemen und deren Lösungsmöglichkeiten dürften für alle Beteiligten sehr wertvoll sein. Eine isolierte Diskussion mit einzelnen Interessenvertretungen oder ein schriftliches Verfahren sind im Vergleich dazu wesentlich weniger geeignet, konsensfähige und breit abgestützte, diskutierte Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

5. Die Richtplanung beinhaltet die grundsätzlichen Aspekte der mittel- und längerfristigen räumlichen Entwicklung der Stadt St.Gallen und wird die Basis für weiterführende, konkretere und auch rechtsverbindliche Planungen und Projekte bilden. Dazu gehören zum Beispiel künftige Zonenplanrevisionen, Überbauungs- und Gestaltungspläne, Schutzverordnungen, Erschliessungsprojekte und andere, meist in die Beschlusskompetenz des Grossen Gemeinderats fallende Massnahmen. In Anbetracht dieser besonderen Bedeutung der Richtplanung sieht das geltende Planungsreglement nicht nur die dargestellte Mitwirkung verschiedener Bevölkerungskreise, sondern auch den frühzeitigen Einbezug parlamentarischer Kommissionen vor, dies im Unterschied zum üblichen Verfahren mit der Beschlussfassung durch den Stadtrat und der nachfolgenden Beratung der stadträtlichen Vorlage in den Kommissionen und im Parlament. Deshalb soll bei der Richtplanungserarbeitung in den zentralen Fragen auch die Baukommission des Grossen Gemeinderates konsultativ beigezogen werden.
6. Nachdem in einer ersten Phase die nötige Grundlagenarbeit im Wesentlichen verwaltungsintern geleistet worden ist, sollen nun sowohl die Begleitkommission wie auch die Baukommission des Grossen Gemeinderates an voraussichtlich zwei Sitzungen über die Planungsarbeiten orientiert werden, diese diskutieren und Vorschläge und Anregungen für die weiteren Arbeiten und die Grundzüge der räumlichen Entwicklung der Stadt St.Gallen vorbringen können. Der Stadtrat wird dann, basierend auf den materiellen Vorarbeiten und in Kenntnis der Meinungsäusserungen aus der Begleitkommission und der Baukommission dem Grossen Gemeinderat eine Vorlage unterbreiten. Diese Vorlage soll über die bisherigen Grundlagen Auskunft geben, das weitere Vorgehen und insbesondere die Rahmenbedingungen und die Grundzüge der materiellen Richtplanarbeit aufzeigen und den Kredit für die weiteren materiellen Arbeiten beinhalten. Die anschliessenden Arbeiten werden, unter Beizug von externen Fachleuten, auf mindestens ein Jahr



veranschlagt. Bei diesen Arbeiten sollen wiederum die Begleitkommission sowie die Baukommission in mehreren Sitzungen zwischenorientiert werden und über grundlegende Aspekte mitdiskutieren können. Schliesslich soll noch im Jahre 2005 das Ergebnis dieser Arbeiten in der Gestalt des umfassenden Richtplanes für die Bereiche Verkehr, Siedlung und Landschaft dem Grossen Gemeinderat vorgelegt werden. Gemäss den Bestimmungen der geltenden und auch der neuen Gemeindeordnung hat der Grosse Gemeinderat das Genehmigungsrecht über die Richtplanung.

7. In der Interpellation wird behauptet, in St.Gallen sei eine „Planungslethargie“ eingetreten, im Weiteren komme der Stadtrat den Vorgaben des Planungsreglementes nicht nach. Diese Behauptungen werden allerdings nicht weiter begründet. Der Stadtrat – und auch der Grosse Gemeinderat – sind keineswegs „lethargisch“, sondern vielmehr aktiv und den zahlreichen Problemstellungen gemäss an ihre Planungsaufgaben herangegangen. Dazu gehören als „höchste Planungswerke“ das Leitbild und die Legislaturziele; zu den wichtigen Planungen gehören im Weiteren z.B. der Zonenplan, die Erschliessungspläne, die Massnahmenplanungen im öffentlichen und privaten Verkehr, der Generelle Entwässerungsplan (GEP), die Schulraum- und Sportstättenplanung, der Kulturbericht und nicht zuletzt die Finanzplanung. Diese aktive und jeweils gesamtheitlich abgestützte Planungsarbeit entspricht den grundsätzlichen Vorgaben des Planungsreglementes.
8. In Bezug auf das geltende Planungsreglement ist im Weiteren festzustellen, dass die massgebenden Artikel 19 und 20 über das Verfahren sehr wohl eingehalten werden; sie werden in wesentlichen Punkten insbesondere mit dem frühzeitigen Einbezug der Baukommission „übererfüllt“:
  - Art. 19 des Planungsreglementes regelt das Verfahren vor dem Stadtrat. Danach fasst der Stadtrat Beschluss über die Verwaltungspläne. Gemäss Abs. 2 dieser Bestimmung soll der Stadtrat „vor der Verabschiedung“ dieser Pläne die zuständige parlamentarische Kommission konsultativ beiziehen – im jetzigen Verfahren wird die Baukommission bereits viel früher einbezogen. Gemäss Abs. 3 kann der Stadtrat ferner Entwürfe zu Verwaltungsplänen in geeigneter Weise publizieren und eine Fachkommission bestellen, um damit einer breiteren Öffentlichkeit in einem frühen Stand der Planungsarbeiten Gelegenheit zur Stellungnahme zu bieten. Bereits in diesem Reglement aus dem Jahre 1975 ist somit ein partizipatives Vorgehen in der Planung vorgesehen.
  - Art. 20 des Reglementes regelt das Verfahren für die Behandlung in den parlamentarischen Kommissionen und im Grossen Gemeinderat, nachdem der Stadtrat den Richtplan ausgearbeitet und diesen dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung unterbreitet hat. Gemäss Abs. 2 dieses Artikels ist die Geschäftsprüfungskommission für



die Vorberatung zuständig. Der Grosse Gemeinderat wird voraussichtlich im Jahre 2005, wenn der Richtplan als Ergebnis vorliegt, über das Verfahren und über die zuständige parlamentarische Kommission entscheiden können.

Diese Darstellung zeigt, dass entgegen der Behauptung in Frage 4 der Interpellation der Stadtrat den Vorgaben des Planungsreglementes durchaus nachkommt. Das dargestellte Vorgehen für die Erarbeitung des Richtplanes verletzt die Bestimmungen des Reglementes nicht, auch wenn das Reglement zweifelsohne revisionsbedürftig ist. Dieser Revisionsbedarf betrifft jedoch zahlreiche andere, hier nicht massgebende Reglementsbestimmungen dieses Erlasses aus dem Jahre 1975. Dazu gehören z.B. die Bestimmungen über die verwaltungsinterne Planungsorganisation, die in zahlreichen Punkten nicht mehr den heutigen Anforderungen und Gegebenheiten entsprechen. Der Stadtrat hat deshalb bereits bei der Erheblicherklärung der drei Motionen zur Richtplanung, aber auch in seiner Berichterstattung über den Stand der hängigen Motionen und Postulate die Revision dieses Reglementes angekündigt. Die Arbeiten dazu sind im Gange, der Stadtrat wird den Grossen Gemeinderat mit der Vorlage über die Richtplanung im Sommer 2004 orientieren und das revidierte Reglement zusammen mit der Botschaft über die Richtplanung im Jahre 2005 vorlegen.

Der Stadtpräsident:  
Christen

Im Namen des Stadtrates  
Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Interpellation

